



DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 30/80

Berlin

24. Juli 1980

47. Jahrgang

Integrationspolitik vor neuer Herausforderung

Die Bundesrepublik Deutschland ist de facto zum Einwanderungsland geworden. Trotz des Anwerbestops für ausländische Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern, anhaltend hoher Arbeitslosigkeit und erschwertem Arbeitsmarktzutritt für einige Ausländergruppen hat die ausländische Wohnbevölkerung 1979 mit 4,14 Millionen den bisherigen Höchststand von 1974 überschritten. Diese Entwicklung wurde von der fortdauernden Familienzusammenführung, erneuter Zuwanderung von Arbeitskräften aus EG-Staaten bei starker Abnahme der Rückwanderungen sowie hohen Geburtenüberschüssen getragen. Die Bundesrepublik Deutschland steht auch nach einer erfolgreichen Begrenzung des unkontrollierten Zustroms von Arbeitskräften vor der Aufgabe, die Ausländer, die auf Dauer hier leben wollen, zu integrieren. Diesem Problem wird eine Beschränkung der Ausländerpolitik auf Arbeitsmarktfragen nicht mehr gerecht. Besondere Anstrengungen sind für die zweite und dritte Ausländergeneration erforderlich, wenn die Entstehung irreversibler sozialer Schäden vermieden werden soll. Eine zügige Umsetzung und ausreichende finanzielle Ausstattung der Maßnahmen zur Weiterentwicklung der Ausländerpolitik¹ stellen unabdingbare Voraussetzungen für eine erfolgreiche Integration dar.

Ausländer bleiben nicht „Gastarbeiter“

Nachdem der 1973 beschlossene Anwerbestopp für Arbeitnehmer aus Nicht-EG-Ländern zunächst einen leichten Rückgang der ausländischen Bevölkerung bewirkt hatte (zwischen 1974 und 1977 um 180 000), wurde dieser in den beiden letzten Jahren durch einen Anstieg um 196 000 Personen wieder mehr als ausgeglichen. Der Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung war 1979 mit 6,8 vH etwas größer als 1974. Heute ist jeder 15. ein Ausländer. Infolge Familienzusammenführung und Geburtenüberschuß tritt an die Stelle des traditionellen „Gastarbeiters“ mehr und mehr die Familie mit ausländischer Staatsbürgerschaft².

Die lange Aufenthaltsdauer — sie beträgt bei der Hälfte der Ausländer über acht Jahre — legt die Vermutung nahe, daß diese Personen nicht mehr in ihre

Heimatländer zurückkehren werden. Dies wird auch durch die Entwicklung der Erwerbsbeteiligung, der Geburtenhäufigkeit und die Überweisungen in die Heimatländer gestützt.

Die Beteiligung am Erwerbsleben ist bei den Ausländern seit 1972 (65 vH) ständig gesunken und hat sich mit 49,0 vH der Quote für die Gesamtbevölkerung (43,1 vH) genähert. Die Zahl der in der Bundesrepublik geborenen Ausländerkinder ist zwischen 1974 und 1979 zwar von 108 000 auf 75 000 zurück-

¹ Vgl.: Weiterentwicklung der Ausländerpolitik. Beschlüsse der Bundesregierung vom 19. März 1980; (als Manuskript vervielfältigt).

² Vgl.: Nur vorübergehende Entlastung des Arbeitsmarktes durch Rückwanderung ausländischer Arbeitnehmer. Bearb.: U. Brasche. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 13/1978, S. 125 ff.

Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung¹⁾
— in 1000 —

	1977	1978	1979
Bevölkerung insgesamt	61 389	61 332	61 337
dar.: Ausländer	3 948	3 981	4 144
Ausländerquote ²⁾	6,4	6,5	6,8
Erwerbspersonen insgesamt ³⁾	26 074	26 223	26 424
dar.: Ausländer	1 970	1 962	2 029
Ausländerquote ²⁾	7,6	7,5	7,7
Erwerbsquote insgesamt	42,5	42,8	43,1
dar.: Ausländer	49,9	49,3	49,0

1) Stand 30. 9. des Jahres. 1979: 30.6.- 2) Ausländer in vH von insgesamt.- 3) Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Arbeitnehmer + Arbeitslose.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.

gegangen; ihr Anteil an der Zahl der Geburten ist jedoch immer noch fast doppelt so hoch wie ihr Anteil an der Wohnbevölkerung. Die Zahl der Geburten pro 1 000 ausländischer Frauen im Alter zwischen 15 und 45 Jahren ging von 107 im Jahr 1974 auf 76 im Jahr 1979 zurück³⁾.

Geht man davon aus, daß die Höhe der Transfers ein Indiz für die Anzahl der Personen in der Bundesrepublik ist, die von dem ausländischen Arbeitnehmer versorgt werden müssen, so läßt sich besonders bei den Türken die Tendenz zur Umsiedlung von Familien in die Bundesrepublik belegen. Die türkischen Arbeitnehmer, die 1972 mit ca. 4 700 DM noch das meiste Geld nach Hause schickten, liegen jetzt nur noch knapp über dem Durchschnitt von 3 000 DM. Griechen, Spanier und Jugoslawen dagegen nehmen mit Beträgen zwischen 5 000 DM und 4 200 DM die Spitze ein. Insgesamt betrugen die Gastarbeiterüberweisungen 1979 6,4 Mrd. DM⁴⁾.

**Familienzusammenführung vergrößert
Ausländerzahl**

In den Wanderungsbewegungen der Ausländer zeichnet sich seit 1978 eine Wende ab, die nicht ohne Einfluß auf die Nachfrage nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen bleiben kann. War zwischen 1974 und 1977 der Wanderungssaldo negativ — wenn auch mit abnehmender Tendenz — so kam es 1978 zu einem Wanderungsgewinn von 50 000 und im folgenden Jahr sogar von 179 000 Personen. Er resultiert aus abnehmenden Fortzügen bei gleichzeitig zunehmenden Zuzügen, wobei für die einzelnen Nationen sehr unterschiedliche Verläufe zu beobachten sind. Bei Griechen, Spaniern und Jugoslawen (zusammen über eine Million Personen) entstanden noch — wenn auch mit abnehmender Tendenz — 1979 Wanderungsverluste von insgesamt 24 000 Personen.

Noch offen ist, wie sich die erweiterte Freizügigkeit bei EG-Erweiterung (Spanien, Griechenland) auswirken wird. Manches spricht jedoch dafür, daß die verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten in den Heimatländern den Druck zur Wanderung aus diesen Ländern vermindert haben.

Bei Italienern und Türken entstand 1979 mit ca. 120 000 Personen der größte Teil des Wanderungsgewinns. Sie waren — gemessen am Bevölkerungsbestand ihrer Nationalitäten — auch am „wanderfreudigsten“, wobei die Italiener mit einem hohen Anteil von Erwerbspersonen (65 vH) bei den Zuzügen von der Möglichkeit der Freizügigkeit innerhalb der EG Gebrauch machten, während die Türken zu vier Fünfteln Familienangehörige nachholten. Infolgedessen bestanden 1978 über 90 vH des Wanderungsüberschusses aus Personen mit einem Alter unter 25 Jahren.

Wanderungen der Ausländer nach Nationalitäten

Nationalität	Zuzüge			Fortzüge		
	1977	1978	1979	1977	1978	1979
— in 1 000 —						
Türkei	115	131	172	114	88	66
Jugoslawien	42	39	41	58	51	44
Italien	80	83	89	75	74	74
Griechenland	15	15	15	48	36	29
Spanien	6	5	5	25	17	12
zusammen	258	273	322	320	267	226
Übrige Nationen	165	183	224	132	139	140
insgesamt	423	456	546	452	406	366
— Anteil der Erwerbspersonen in vH —						
Türkei	13,7	15,9	21,4	27,2	26,1	26,2
Jugoslawien	32,7	35,0	37,2	45,4	39,9	38,5
Italien	64,0	64,3	64,8	58,4	56,3	56,3
Griechenland	29,4	31,8	32,4	44,8	43,3	41,1
Spanien	35,7	34,0	34,0	50,6	48,9	46,3
zusammen	33,9	34,5	36,2	42,3	40,9	41,5
Übrige Nationen	51,7	53,2	54,7	47,9	43,8	44,1
insgesamt	40,8	42,0	43,7	44,0	41,9	42,5

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

**Ausländer vom Konjunkturwandel
stärker betroffen**

Regelmäßig sind Daten zur Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer nur aus der Statistik der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer erhältlich. Vermutlich weist diese Statistik für die Gesamtzahl, besonders aber für den Bereich der pri-

³⁾ Für deutsche Frauen beträgt die entsprechende Zahl 49 (1979).

⁴⁾ Nach Schätzungen der Deutschen Bundesbank unter Verwendung der Beschäftigtenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit umgerechnet.

vaten Dienstleistungen, ein überhöhtes Niveau aus⁵. Die Abweichung insgesamt dürfte ca. 5 vH betragen. Eine inhaltliche Korrektur der Daten kann auf dem jetzigen Stand der Kenntnisse nicht vorgenommen werden. Die Daten aus der Beschäftigtenstatistik werden unter den genannten Vorbehalten wieder gegeben.

Ausländische Arbeitnehmer sind überwiegend an Arbeitsplätzen und in Tätigkeiten beschäftigt, die dem Risiko der Arbeitslosigkeit stark ausgesetzt sind. Ihre Arbeitslosenquote liegt seit 1974 über dem Durchschnitt, d. h. die Ausländer waren vom Beschäftigungsabbau zwischen 1973 und 1976 besonders hart betroffen. Jeder vierte Ausländer, aber nur jeder 25. Deutsche verlor seinen Arbeitsplatz. Der Anteil der Ausländer an allen versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern ging von 10,2 vH 1975 auf 9,2 vH 1978 zurück. Besonders betroffen waren die Jugoslawen, Griechen und Spanier, deren Beschäftigung auch 1979 noch abnahm, während die Italiener und Türken nur noch geringe Verluste bzw. sogar schon Zunahmen der Beschäftigung verzeichneten. Diese beiden Nationen konnten dann auch zwischen 1978 und 1979 die Hälfte der Beschäftigungsausweitung bei den Ausländern für sich verbuchen, die erstmals wieder zu einem — wenn auch geringfügigen — Anstieg der Ausländerquote auf 9,3 vH geführt hat.

Bei den Ausländern war die Zunahme der Beschäftigung mit + 3,9 vH größer als beim Durchschnitt aller versicherungspflichtig Beschäftigten (+ 2,4 vH). Dies ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß die Ausländer vor allem in den produzierenden Wirtschaftsbereichen konzentriert tätig sind, die im Konjunkturaufschwung einen starken Beschäftigungsanstieg zu verzeichnen hatten. Im Verarbeitenden Gewerbe sind 60 vH und im Baugewerbe 10 vH aller Ausländer beschäftigt. Die Ausländerquote beträgt hier 13 vH bzw. 12 vH und liegt damit deutlich über dem Durchschnitt.

Trotz der überproportionalen Beschäftigungsausweitung ist nicht mit einem weiteren Abbau der Arbeitslosenquote für Ausländer zu rechnen. Dafür sind die zu erwartende konjunkturelle Abflachung, die wieder verstärkte Zuwanderung von Erwerbspersonen und die nachdrängenden geburtenstarken Jahrgänge der zweiten Ausländergeneration verantwortlich. Nach dem Verstreichen der zwei- bis vierjährigen Wartefrist der Familienangehörigen wird sich die Situation ab

⁵ Vgl.: Vor Wende am Arbeitsmarkt? Bearb.: G. Göseke. In: Wochenbericht des DIW. Nr. 27/1980, S. 298. Diese Abweichung kommt wahrscheinlich durch Hochrechnungsfehler bei der Anpassung von Stichproben aus der Beschäftigtenstatistik an die bekanntermaßen überhöhten Mikrozensuswerte zustande.

Sozialversicherungspflichtig beschäftigte ausländische Arbeitnehmer in den Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweig	1975	1976	1977	1978	1979 ¹⁾
- in 1 000 -					
Land- und Forstwirtschaft	20	18	16	16	17
Energie, Bergbau	35	38	37	35	36
Verarbeitendes Gewerbe	1 250	1 152	1 129	1 107	1 137
Baugewerbe	221	201	186	184	198
Handel	115	111	108	110	117
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	76	71	69	69	71
Kredit, Versicherungen	12	12	12	12	13
Dienstleistungen, a.n.g.	269	262	256	265	281
Organisationen o.E., private Haushalte	12	12	11	12	13
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	49	48	46	46	47
insgesamt ²⁾	2 061	1 925	1 872	1 858	1 930
- Ausländerquote ³⁾ in vH -					
Land- und Forstwirtschaft	10,0	9,0	8,1	7,9	7,7
Energie, Bergbau	7,4	7,7	7,6	7,3	7,4
Verarbeitendes Gewerbe	14,4	13,6	13,3	13,0	13,2
Baugewerbe	13,4	12,4	11,7	11,5	11,9
Handel	4,2	4,0	3,9	3,9	4,1
Verkehr, Nachrichtenübermittlung	7,6	7,4	7,3	7,3	7,3
Kredit, Versicherungen	1,7	1,7	1,7	1,7	1,8
Dienstleistungen, a.n.g.	9,1	8,6	8,3	8,2	8,3
Organisationen o.E., private Haushalte	3,7	3,6	3,5	3,5	3,6
Gebietskörperschaften, Sozialversicherungen	3,7	3,7	3,6	3,5	3,5
insgesamt	10,2	9,6	9,4	9,2	9,3

1) Geschätzt.- 2) Die Summe enthält auch Personen ohne Angabe zum Wirtschaftszweig.- 3) Anteil der Ausländer an allen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern in vH.

Quellen: Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.

Ausländer und Arbeitslosigkeit

	1977	1978	1979	1980		
				März	April	Mai ¹⁾
	- in 1 000 -					
Arbeitslose insgesamt	1 030	993	876	876	825	767
deutsche	932	889	783	716	716	663
ausländische	98	104	93	110	109	104
Nachrichtlich: Wanderungssaldo der ausländischen Erwerbspersonen	-26	+22	+83	.	.	.
	- Arbeitslosenquote in vH -					
Insgesamt	4,5	4,3	3,8	.	.	.
Deutsche	4,2	4,0	3,4	.	.	.
Ausländer	4,9	5,3	4,7	.	.	.

1) vorläufige Zahlen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesanstalt für Arbeit, Berechnungen des DIW.

Mitte 1981 sogar noch verschärfen, wenn die Jugendlichen und Ehegatten, die durch administrative Maßnahmen für einige Jahre in die „Stille Reserve“ abgedrängt wurden, Zugang zum Ausbildungsstellen- und Arbeitsmarkt erlangen.

Neues Aufenthalts- und Arbeitsrecht verbessert Integrationschancen

Die über 3 Mill. Ausländer aus Nicht-EG-Ländern waren lange durch Vorschriften des Aufenthalts- und Arbeitsrechts verunsichert. Vorhandene Integrationschancen wurden dadurch gefährdet. Die ausschließliche Orientierung an Belangen des Arbeitsmarktes in der Ausländerpolitik sowie z. T. erhebliche Ermessensspielräume der Behörden wurden der veränderten Situation immer weniger gerecht. Durch Änderungen der Rechtsvorschriften im Juli 1978 bzw. April 1979 wurde die Möglichkeit, für immer in der Bundesrepublik zu leben und zu arbeiten, verbessert. Seither ist im wesentlichen die Dauer des bisherigen Aufenthalts in der Bundesrepublik der Maßstab für die Rechtsposition, die u. a. nach Aufenthaltserlaubnis (befristet und unbefristet), Aufenthaltsberechtigung und Einbürgerung unterschieden werden kann.

Die Aufenthaltserlaubnis ist für EG-Angehörige und für Personen unter 16 Jahren nicht erforderlich. Eine Aufenthaltserlaubnis brauchen jedoch ca. 2,3 Mill. Ausländer; sie ist in der Regel befristet und kann mit Bedingungen und Auflagen versehen werden. Ausländischen Arbeitnehmern wird bei erstmaliger Erteilung eine einjährige und darauf zweimal eine zweijährige Verlängerung gewährt.

Nach fünfjährigem, ununterbrochenem Aufenthalt kann sie auf Antrag unbefristet erteilt werden, wenn der Antragsteller

- in den vergangenen fünf Jahren ununterbrochen gearbeitet hat (§ 2 AEVO)
- mündlich Kenntnisse der deutschen Sprache nachweist
- für sich und seine Familienangehörigen ausreichenden Wohnraum zur Verfügung hat
- seine hier lebenden Kinder der Schulpflicht nachkommen.

Ehegatten und Kindern kann die unbefristete Aufenthaltserlaubnis schon früher erteilt werden. Zwischen Oktober 1978 und September 1979 wurden ca. 156 000 unbefristete Aufenthaltserlaubnisse — dreimal soviel wie im Jahr zuvor — erteilt. Insgesamt erfüllen ca. zwei Mill. Ausländer aus Nicht-EG-Ländern die Bedingung des fünfjährigen Aufenthalts und sind damit Anwärter auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis.

Aber erst eine Aufenthaltsberechtigung begründet einen Rechtsanspruch, in der Bundesrepublik Deutschland zu wohnen. Nach achtjährigem Aufenthalt soll sie auf Antrag erteilt werden. Damit wird der Tatsache Rechnung getragen, daß für die große Gruppe der Ausländer, die schon lange hier leben, die Bundesrepublik ein Einwanderungsland geworden ist. Allerdings unterliegt dieser Antrag einer umfassenden Prüfung durch die Behörden; in ihr soll festgestellt werden, ob der Antragsteller sich in das wirtschaftliche und soziale Leben in der Bundesrepu-

Ausländische Wohnbevölkerung nach Aufenthaltsdauer¹⁾ und Nationalitäten 1979

Nationalität	Aufenthaltsdauer von ... bis unter ... Jahre						
	unter 1	1-4	4-6	6-8	8-10	10 u.m.	insges.
	- in 1 000 -						
Türkei	85,3	233,1	186,6	272,4	233,1	221,1	1 231,5
Jugoslawien	17,8	56,9	54,9	103,5	164,2	171,7	569,1
Italien	37,8	87,0	47,9	70,8	81,0	245,4	569,9
Griechenland	5,9	23,4	23,8	36,8	61,1	126,5	277,5
Spanien	2,9	11,3	12,7	26,4	33,4	92,4	179,0
zusammen	149,7	411,7	325,9	509,9	572,8	857,1	2 827,0
Übrige Nationen	100,3	200,0	112,1	134,7	128,7	397,2	1 073,0
insgesamt	250,0	611,7	438,0	644,6	701,5	1 254,3	2) 3 900,0
	- Nationalitätenstruktur nach Verweildauer in vH -						
Türkei	34,1	38,1	42,6	42,2	33,2	17,6	31,6
Jugoslawien	7,1	9,3	12,6	16,1	23,4	13,7	14,6
Italien	15,1	14,2	10,9	11,0	11,6	19,5	14,6
Griechenland	2,4	3,8	5,4	5,7	8,7	10,1	7,1
Spanien	1,2	1,9	2,9	4,1	4,8	7,4	4,6
zusammen	59,9	67,3	74,4	79,1	81,7	68,3	72,5
Übrige Nationen	40,1	32,7	25,6	20,9	18,3	31,7	27,5
insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
	- Verweildauerstruktur nach Nationalitäten in vH -						
Türkei	6,9	18,9	15,2	22,1	18,9	18,0	100,0
Jugoslawien	3,1	10,0	9,6	18,2	28,9	30,2	100,0
Italien	6,6	15,3	8,4	12,4	14,2	43,1	100,0
Griechenland	2,1	8,4	8,6	13,3	22,0	45,6	100,0
Spanien	1,6	6,3	7,1	14,7	18,7	51,6	100,0
zusammen	5,3	14,6	11,5	18,0	20,3	30,3	100,0
Übrige Nationen	9,3	18,6	10,5	12,6	12,0	37,0	100,0
insgesamt	6,4	15,7	11,2	16,5	18,0	32,2	100,0
	- Verweildauerstruktur nach Altersgruppen in vH -						
Alter von ... bis unter ... Jahren							
unter 15	9,9	31,4	21,9	16,7	10,4	9,7	100,0
15-25	13,4	24,1	13,0	16,5	11,8	21,2	100,0
25-35	4,8	11,3	10,3	23,3	25,1	25,2	100,0
35-45	2,2	4,7	4,3	14,5	24,5	49,6	100,0
45-55	2,1	4,2	3,2	8,5	19,1	62,9	100,0
55-65	2,5	4,9	3,1	5,2	9,2	75,0	100,0
65 u. älter	3,2	7,6	4,2	5,4	6,0	73,6	100,0
insgesamt	6,4	15,7	11,2	16,5	18,0	32,2	100,0

1) Ohne Berücksichtigung von Unterbrechungen als Differenz von Auszählungstichtag und Tag der ersten Einreise.- 2) Ohne rund 243,8 Tsd. Personen, die in dieser Abgrenzung nicht zugeordnet werden konnten.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen des DIW.

blik Deutschland eingefügt hat. So stehen längere Zeiten der Beschäftigungslosigkeit, mangelnde Deutschkenntnisse, Gesetzesverstöße, unzureichende Wohnverhältnisse und auffällige Abweichungen von deutschen Lebensgewohnheiten dem Antrag entgegen. Ungefähr 4 200 Aufenthaltsberechtigungen wurden zwischen Oktober 1978 und September 1979 erteilt. Über 1,5 Mill. der Nicht-EG-Ausländer leben mindestens 8 Jahre in der Bundesrepublik und werden damit zu potentiellen Antragstellern für eine Aufenthaltsberechtigung.

Aber erst eine Einbürgerung, die Rechte und Pflichten eines Staatsbürgers gewährt, ist der letzte Schritt zur vollen Integration. Sie sollte nach 10 Jahren ermöglicht werden. Für Jugendliche, die hier aufge-

wachsen sind und den überwiegenden Teil ihrer Schulbildung in der Bundesrepublik erhalten haben, sollte bei Vollendung des 18. Lebensjahres „problemlos und ohne Ermessensschränken“⁶ die Einbürgerung ermöglicht werden. Davon dürften positive Signalwirkungen auf die Integrationsbereitschaft dieses Personenkreises ausgehen.

Wird im Aufenthaltsrecht anerkannt, daß ein langer Verbleib in der Bundesrepublik die Möglichkeit zur Integration nach sich ziehen sollte, so darf der Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen nicht durch

⁶ Kühn, H.: Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familien in der Bundesrepublik Deutschland. Memorandum des Beauftragten der Bundesregierung, Bonn 1979, S. 43.

administrative Maßnahmen verstellt werden. Dies trifft besonders für Jugendliche zu, die aus ungünstiger Position heraus um einen gleichberechtigten Platz kämpfen müssen.

Besonders zu begrüßen ist deshalb der Wegfall der „Stichtagsregelung“. Der Versuch, den Familiennachzug über die Verweigerung von Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten zu beschränken, war sozialpolitisch nicht vertretbar; er wurde auch gerichtlich verworfen. Abgelöst wurde diese Maßnahme durch die Verfügung einer zweijährigen Wartezeit, nach deren Ablauf aber nur eine Arbeitserlaubnis unter dem Vorbehalt des Vorranges deutscher und ihnen gleichgestellter Arbeitnehmer⁷ erteilt wird. Wenn auch diese Wartezeit durch Teilnahme an berufsorientierenden Maßnahmen verkürzt werden konnte, blieben Vorbehalte, weil diese Regelung wertvolle Jahre für den Integrationsprozeß verstreichen ließ. Deshalb wird seit Juni 1980 Jugendlichen,

- die vor dem 18. Lebensjahr ihren Eltern in die Bundesrepublik gefolgt sind,
- die einen Schulabschluß oder eine Berufsausbildung vorweisen können,
- die an einer berufsvorbereitenden Maßnahme mit Erfolg teilgenommen haben oder
- einen Ausbildungsvertrag vorweisen können,

eine begrenzte Arbeitserlaubnis gewährt. Infolge der Wartezeitenregelung erhielten zwischen April 1979 und Januar 1980 rund 7 000 Ehegatten und rund 6 500 Kinder ausländischer Arbeitnehmer eine Arbeitserlaubnis.

Arbeitnehmern, die weder aus EG-Ländern kommen noch auf fünfjährige Erwerbstätigkeit in der Bundesrepublik zurückblicken oder andere Ansprüche geltend machen können, kann eine Arbeitserlaubnis erteilt werden, die deutschen und ihnen gleichgestellten Arbeitnehmern einen Vorrang einräumt. Sie kann aber auch gänzlich versagt werden. Nach Angaben der Bundesregierung⁸ wurden zwischen 1974 und 1978 allerdings nur 152 000, das sind 2,4 vH aller Anträge, unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten abgelehnt.

Integrationsbemühungen unter Zeitdruck

Integration sei politisch erwünscht und gesellschaftlich unumgänglich, lauten die Willenserklärungen der politischen Entscheidungsträger und der großen gesellschaftlichen Gruppen. Die Situation heute ist dagegen von Ghattobildung, Unterprivilegierung

und z. T. mangelnder Integrationsbereitschaft bei Deutschen und Ausländern geprägt.

Besonders die jungen Ausländer stehen im Spannungsfeld der oft sehr unterschiedlichen Kulturen; dazu kommen erhebliche Bildungsdefizite. 20 vH erfüllen die Schulpflicht nicht, 60 vH haben keinen Hauptschulabschluß und 50 vH kommen der Berufsschulpflicht nicht nach. Spät eingereiste Jugendliche haben oft überhaupt keine oder völlig unzureichende Deutschkenntnisse. Soll das Bildungssystem in die Lage versetzt werden, den Abbau dieser Defizite mit raschem Erfolg anzugehen, müssen von Bund, Ländern und Gemeinden mehr als bisher Mittel bereitgestellt werden, um

- die vorschulische Betreuung auch an den Bedürfnissen ausländischer Kinder ausrichten zu können,
- die Eingliederung der ausländischen Kinder in deutsche Regelklassen zu ermöglichen und um genügend Vorbereitungsunterricht für Zugewanderte sowie eine Verbesserung der personellen und sachlichen Ausstattung von Schulen mit hohem Ausländeranteil zu erreichen und
- ein Nachholen der Erstausbildung zu ermöglichen.

Zu berücksichtigen ist, daß ein staatliches Bildungsangebot das soziale Umfeld mit einbeziehen muß, um in die Ghettos hineinwirken zu können. Ohne Verbesserung der außerschulischen sozialpädagogischen Beratungs-, Betreuungs- und Qualifizierungsangebote sind solche Bemühungen zum Scheitern verurteilt.

Die erforderlichen Maßnahmen brauchen Zeit, bis sie voll wirksam werden. So sind die Ausbildung geeigneter Lehrer, Sozialarbeiter, Ausbilder und Betreuer sowie die Entwicklung von Curricula nicht abgeschlossen. Das Stadium der Modellversuche wird noch einige Jahre andauern. Da aber die Anzahl der Betroffenen heute schon groß ist und ständig Jugendliche dazukommen, besteht zunehmend die Gefahr, daß die Zielgruppen diesen Maßnahmen entwachsen und nicht wieder erreichbar sind. Eine neue Gruppe von Unterprivilegierten entstünde, der soziale Friede würde bedroht, und die Chance, qualifizierte Staatsbürger und Arbeitskräfte zu gewinnen, würde vertan.

⁷ Das sind u. a. mit einem Deutschen verheiratete Ausländer, Asylberechtigte und anerkannte Flüchtlinge, Ehepartner griechischer und spanischer Arbeitnehmer mit fünfjährigem eigenen Aufenthalt und fünfjährigem Arbeitsaufenthalt des Arbeitnehmers.

⁸ Vgl.: Weiterentwicklung der Ausländerpolitik, a.a.O., S. 38.

Chinas Wirtschaft an der Schwelle der achtziger Jahre

Wie im Jahr zuvor hat das Staatliche Statistische Büro der Volksrepublik China auch Anfang 1980 einen „Bericht über die Erfüllung des Nationalen Volkswirtschaftsplans“¹ veröffentlicht. Damit wurden inoffizielle Hinweise bestätigt, daß China nach fast zwanzigjähriger Unterbrechung wieder zu einer regelmäßigen Berichterstattung über die gesamtwirtschaftliche Entwicklung zurückkehren würde. Trotz eines zugleich breiter werdenden Stromes von Informationen aus Zeitungen und Fachzeitschriften fehlen aber nach wie vor immer noch Zahlen über wichtige Aggregate. Aus dem veröffentlichten Material geht hervor, daß sich das Wirtschaftswachstum im vergangenen Jahr deutlich abgeschwächt hat. Eingeleitete Wirtschaftsreformen sollen indes zu einer Beschleunigung in der ersten Hälfte der 80er Jahre beitragen. Vorerst ist jedoch mit einem Anhalten der Konsolidierungsphase zu rechnen.

Nach dem Erfüllungsbericht stieg das produzierte Nationaleinkommen 1979 real um 7 vH auf 337 Mrd. Yuan Renmin Bi (RMB)², gerechnet in Preisen von 1978; damit hat sich das Wirtschaftswachstum deutlich abgeschwächt (1978: + 12 vH). Über die Entwicklung in den Wirtschaftsbereichen liegen nur nominale Angaben vor. So stieg der Bruttowert der landwirtschaftlichen und industriellen Produktion zusammen um 8,5 vH auf 617,5 Mrd. Yuan. Dieser Zuwachs lag um 1,6 vH-Punkte über dem Planziel, ebenso wie der des Nationaleinkommens jedoch deutlich unter dem Anstieg des Vorjahres. Darin zeigen sich erste Auswirkungen der Mitte 1979 begonnenen und für drei Jahre vorgesehenen „Konsolidierungspolitik“³, die unter vorübergehender Inkaufnahme einer Abschwächung des Wachstums eine Reform der Wirtschaftsverwaltung, des Planungswesens und der Betriebsorganisation erleichtern soll. Zugleich sollen mit Hilfe einer Veränderung der Finanzierungspraxis und der Investitionsstruktur mehr Kapazitäten für die Landwirtschaft und die Konsumgüterindustrie — d. h. für die Versorgung der Bevölkerung — sowie für den Export bereitgestellt werden⁴.

Produktionsentwicklung in der VR China
— Veränderung in vH gegenüber dem Vorjahr —

	Ist			Plan	
	1977	1978	1979	1979	1980
Nationaleinkommen ¹⁾	8,0	12,0	7,0	-	-
Bruttowert der landwirtschaftlichen u. industriellen Produktion ²⁾	10,3 ³⁾	12,3	8,5	6,9	5,5
davon:					
Landwirtschaft	0 ³⁾	8,9	8,6	4,4	3,8
Industrie	14,3 ³⁾	13,5	8,5	7,9	6,0

1) Auf der Basis von Preisen des Jahres 1978.- 2) Auf der Basis laufender Preise.- 3) Schätzung des DIW.
Quellen: Offizielle Erfüllungsberichte.

Industrie

Die Bruttoproduktion der Industrie trug 1979 zu fast drei Vierteln zu dem zusammengefaßten Produktionswert von Industrie und Landwirtschaft⁵ bei. Sie erhöhte sich nominal um 8,5 vH und damit um 0,6 vH-Punkte mehr als geplant. Bei 89 von 100 wichtigen — und weiterhin im zentralen Plan erfaßten — Industrieerzeugnissen, darunter Kohle, Rohöl, elektrische Energie, Rohstahl und Walzstahl, Zement, chemischer Dünger und Papier sowie einer Reihe von Konsumgütern (wie Zucker und Fernsehgeräte) wurden die Planziele erreicht oder übertroffen; lediglich für elf Erzeugnisse, darunter aufbereitete Kupfer- und Zinkerze sowie Pyrit, wurden die Pläne nicht erfüllt.

Auch in einem anderen wichtigen Punkt wurde das Planziel erreicht: Erstmals seit Beginn der Wirtschaftsplanung in China zu Anfang der fünfziger Jahre expandierte die — vor allem Konsumgüter produzierende — Leichtindustrie schneller als die

¹ Renmin Ribao vom 1. 5. 1980 (chin.); Beijing Rundschau vom 13. 5. 1980 und 20. 5. 1980.

² Das entspricht rund 200 Mrd. US-\$ oder 207 US-\$ je Kopf, bei einer Bevölkerung von 970,92 Mill. Ende 1979 und einem Kurs von 0,5952 US-\$ für 1 Yuan RMB. Eine Rechnung nach Kaufkraftparitäten ergibt einen annähernd doppelt so hohen Wert.

³ Das Programm unter dem Titel „Regulierung, Umgestaltung, Konsolidierung und Niveauehebung“ war im Sommer 1979 beschlossen worden.

⁴ Vgl. Wirtschaftsreformen in China bewirken vorübergehende Wachstumsabschwächung. Bearb.: Ernst Hagemann. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 31/79.

⁵ Der Beitrag der großen Bereiche zur gesamtwirtschaftlichen Leistung läßt sich nach dem Erfüllungsbericht und anderen Hinweisen aus der chinesischen Presse nach längerer Pause wieder etwas genauer bestimmen. Wegen unterschiedlicher Vorleistungsverflechtung bestehen erhebliche Unterschiede zwischen dem Bruttobeitrag — ausschließlich über diesen haben die Chinesen regelmäßig berichtet — und dem Nettobeitrag. Dieser läßt sich aber annähernd schätzen. Zur Methode der Umrechnung, einer Fortschreibung amtlicher Angaben, vgl. Shigeru Ishikawa, Long-term Projections of Mainland China's Economy: 1957 - 1982. In: UN, Economic Bulletin for Asia and the Far East, Vol XVI, No. 2, New York 1965. Die Umrechnung ergibt folgende Sektoranteile am Nationaleinkommen: Industrie 45 vH, Landwirtschaft 31 vH und sonstige Bereiche (Verkehr, Bauwirtschaft und Dienstleistungen) 24 vH.

Ausgewählte Produktionsdaten der VR China

	Einheit	1952	1957	1970	1977	1978	1979
Industrielle Bruttoproduktion	Mrd. Yuan ¹⁾	34,3	70,4	216,0	372,8	423,1	459,1
Rohstahl	Mill. t	1,3	5,4	17,8	23,7	31,8	34,5
Roheisen	Mill. t	1,9	5,9	22,0	25,1	34,8	36,7
Steinkohle	Mill. t	66,5	130,7	320,0	550,0	618,0	635,0
Rohöl	Mill. t	0,4	1,5	28,0	93,6	104,1	106,2
Elektrische Energie	Mrd. kW	7,3	19,3	120,0	223,4	256,6	281,9
Zement	Mill. t	2,9	6,9	20,0	55,6	65,2	73,9
Chemischer Dünger	Mill. t ²⁾	0,1	0,4	4,3	7,2	8,7	10,6
Traktoren	1000 St.	0	1,1	79,0	99,3	113,5	126,0
Handtraktoren	1000 St.	0	0	20,0	320,5	324,5	318,0
Schädlingsbekämpfungsmittel	1000 t	0	20,0	300,0	457,0	533,0	537,0
Werkzeugmaschinen	1000 St.	13,7	28,3	70,0	199,0	183,0	140,0
Kraftfahrzeuge	1000 St. ³⁾	0	7,5	70,0	125,4	149,1	186,0
Fahrräder	1000 St.	80	806	3 640	7 430	8 540	10 090
Landwirtschaftliche Bruttoproduktion	Mrd. Yuan ¹⁾	48,4	79,6	114,0	134,0	149,9	158,4
Getreide ⁴⁾	Mill. t	161,0	191,0	243,0	282,7	304,8	332,1
Reis	Mill. t	68,5	86,8	105,2	131,5	134,5	142,0
Weizen	Mill. t	18,1	23,7	31,0	40,0	45,0	60,0
Baumwolle	Mill. t	1,3	1,6	2,0	2,05	2,2	2,2
Schweine	Mill. St. ⁵⁾	89,8	145,9	226,0	291,8	301,3	319,7

1) In jeweiligen Preisen.- 2) In 100 vH Nährstoffgewicht.- 3) Nur Lkw-Produktion.- 4) Die Abgrenzung dieser Produktion geschieht nach einem Grundnahrungsmittelkonzept. Neben allen Getreidearten wird dabei die Kartoffelproduktion mit einem Fünftel ihres Gewichts eingerechnet.- 5) Bestand zum Jahresende.

Quellen: Offizielle Erfüllungsberichte; 1970 z.T. Schätzung des DIW.

Schwerindustrie; der Bruttoproduktionswert stieg um ein Zehntel auf 198 Mrd. Yuan — bei einem Anteil von 43 vH an der gesamten Industrieproduktion —, der der Schwerindustrie um 8 vH auf 261 Mrd. Yuan. Zumindest bis zum Ende der Konsolidierungsphase, d. h. bis 1981, soll diese Gewichtsverlagerung beibehalten werden. Im Zuge dieses Prozesses ist eine weitere Rücknahme der Wachstumsrate der Industrieproduktion geplant.

Die Produktion in den staatlichen Betrieben erhöhte sich 1979 um 6,5 vH. In den nichtstaatlichen Bereichen der Industrie, d. h. überwiegend den genossenschaftlichen Betrieben, konnte die Produktion also offenbar noch stärker expandieren. Der Produktionsanstieg in den staatlichen Betrieben wird zu knapp zwei Dritteln einer erhöhten Arbeitsproduktivität zugeschrieben. In einigen Bereichen konnten Erfolge bei der Senkung des Material- und Energieeinsatzes erzielt werden. Dagegen wurden in den zentral bewirtschafteten Schlüsselbetrieben 40 vH der Kennziffern für die wichtigsten Industriegüter noch nicht erreicht. Fast ein Viertel der gesamten volkseigenen Industriebetriebe arbeitete — bei gegebener Preisstruktur — erneut mit Verlust. Hortung von Rohstoffen und Vorprodukten sowie Produktion ohne Rücksicht auf die Nachfrage waren weit verbreitet.

Landwirtschaft

Eine günstige Witterung, stark erhöhte industrielle Zulieferungen und infrastrukturelle Verbesserungen⁶, vor allem aber die mit der Sommerernte 1979 wirksam gewordenen Preisanhebungen haben der Landwirtschaft Rekordergebnisse gebracht: der Bruttoproduktionswert wurde nominal um 8,5 vH auf 158 Mrd. Yuan gesteigert, der Planansatz um 4 vH-Punkte übertroffen⁷. Die Getreideproduktion, die immer noch zu knapp zwei Dritteln zum gesamten landwirtschaftlichen Ertrag beiträgt, expandierte mit 9 vH überdurchschnittlich auf 332 Mill. t. Davon wurden 52 Mill. t als Steuer oder auf Vertragsbasis an den Staat geliefert; das waren rd. 7,5 vH mehr als im Vorjahr. Neben der Getreideproduktion wurden auch die Pro-

⁶ Z. B. stieg der Bestand an großen und mittelgroßen Traktoren im vergangenen Jahr um rund 1/5, derjenige der Handtraktoren um fast 1/5, der Verbrauch an Kunstdünger um ebenfalls rund 1/5 und die Zuteilung von elektrischer Energie um rund 12 vH. Zu der besseren Kapitalausstattung sind auch die Vergrößerung der Schutz- und Nutzwaldfläche, die höhere Anzahl und das vergrößerte Gesamtvolumen der Stauräume für Bewässerungswasser sowie die bessere Verkehrserschließung zu rechnen.

⁷ Zur Landwirtschaft werden neben Ackerbau (wertmäßiger Anteil 1978 67,8 vH), Forstwirtschaft (3,0 vH), Viehzucht (13,2 vH) und Nebengewerbe (2,9 vH), die Fischzucht (1,4 vH) und die gewerbliche Produktion der Produktionsgruppen und Brigaden (11,7 vH) gerechnet.

duktionspläne bei Ölpflanzen, Zuckerrohr, Seidenkokons und anderen Produkten erfüllt bzw. übererfüllt; die Bestände an Schweinen und Schafen wurden stark erhöht. Hingegen konnten die Pläne für die Erzeugung von Baumwolle (+ 1,8 vH auf 2,2 Mill. t), Zuckerrüben, Tee und Wasserprodukten⁸ sowie für die Bestandserhöhung bei Großvieh nicht erfüllt werden.

Neben der besseren Kapitalausstattung und der Einkommensverbesserung infolge der Preisanhebungen kommen der Landwirtschaft weitere Erleichterungen zugute. Hierzu gehört insbesondere die Aufwertung des privaten Eigentums: Die Produkte des privaten Hoflandes können jetzt z. B. auch in den Städten verkauft werden; innerhalb des genossenschaftlichen Sektors der Landwirtschaft wurde der Spielraum für Eigeninitiativen erweitert. Aufgrund der Neuordnung des ländlichen Bankwesens und der Errichtung der Landwirtschaftsbank wurde den Bauern die Finanzierung ihrer Investitionen erleichtert; außerdem wurden die staatlichen Investitionen in diesem Bereich erhöht.

Trotz aller dieser Maßnahmen bleibt die Landwirtschaft weiterhin ein Schwachpunkt der chinesischen Wirtschaft. Da erneute Preisanhebungen im Ausmaß des vergangenen Jahres nicht geplant sind und mit einer erneuten Rekordernte bei Getreide nicht gerechnet werden kann, ist für 1980 mit einem Wachstum der Agrarproduktion von knapp 4 vH zu rechnen, das an den Bedürfnissen gemessen zwar gering ist, aber deutlich über dem langjährigen Durchschnitt (1952 - 1977 = 3,1 vH) liegt.

Investitionen

Die amtlichen Veröffentlichungen über die Investitionen weisen gegenüber dem Vorjahr einen Zuwachs um nominal 4,4 vH aus; das Investitionsvolumen betrug danach 1979 50 Mrd. Yuan. Der Anteil der zentral geplanten Investitionen war rückläufig. Die Investitionsquote (Akkumulationsrate) wird für die Jahre 1977 und 1978 aber immer noch mit nicht weniger als 32,3 vH bzw. 36,6 vH angegeben⁹; zur Zeit wird jedoch diskutiert, ob eine Senkung auf rund 25 vH (den Durchschnittswert des 1. Fünfjahrplans) angebracht wäre¹⁰. Umstritten ist auch die Verteilung der Investition innerhalb der Industrie; gegenwärtig wird die Leichtindustrie relativ begünstigt.

Nach den amtlichen Angaben wurden im vergangenen Jahr Anlagen im Wert von 42 Mrd. Yuan der Bestimmung übergeben, gut 17 vH mehr als im Jahr davor. Ein besonderes Problem ist in China – wie in anderen sozialistischen Ländern – der überzogene Rahmen vieler Investitionsgenehmigungen und der deshalb ständig hohe Bestand an unvollendeten Projekten. Ende 1979 befanden sich etwa 1 200 große

und mittelgroße Investitionsprojekte im Bau, obwohl ein knappes Drittel davon auf Verlangen der zentralen Behörden eingestellt werden sollte. Von den gesamten großen und mittelgroßen Projekten, die 1979 hätten fertiggestellt werden sollen, konnte nur ein Zehntel, noch dazu nicht immer in vollem Umfang, übergeben werden. Für 17 von 34 wichtigen Produkten, die der zentralen Planung unterstehen, wurde die angestrebte Kapazität nicht erreicht; dies gilt z. B. für synthetisches Ammoniak, für Reifen und für Kunstfasern. Unzureichende Fertigungstechnik, ungenügende Versorgung mit Rohstoffen, Energie oder Vorprodukten, schlechte Verkehrsanbindung und Mangel an Fachleuten werden häufig als Gründe für diese Probleme genannt. Ferner seien die Investitionssummen für große und mittelgroße Projekte 1979 um durchschnittlich 31 vH gegenüber dem Vorjahr gestiegen¹¹; dies habe die finanziellen und materiellen Ressourcen des Staates überfordert. Bessere Vorbereitung der Planung, besseres Management, die kontrollierte Kreditfinanzierung der Investitionen und materielle Anreize für effizient wirtschaftende Betriebe sollen die Engpässe und überlangen Bauzeiten beseitigen helfen.

Bei Kohle, Rohöl und anderen wichtigen Produkten stieg die Produktion nicht im Ausmaß der neuen Kapazitäten. Dies ist u. a. auch darauf zurückzuführen, daß unrentable Kapazitäten endgültig und in der Modernisierung befindliche Kapazitäten vorübergehend stillgelegt wurden.

Während der Konsolidierungsphase soll bei der Verteilung der Investitionsmittel noch stärker als bisher darauf hingewirkt werden, daß zusätzliche Arbeitsmöglichkeiten in vorhandenen Betrieben entstehen; einige kapitalintensive Großprojekte sollen daher zurückgestellt werden. Nachdem im vergangenen Jahr die Zahl der Unbeschäftigten auf rund 20 Mill. geschätzt wurde, gilt es als großer Erfolg, daß 1979 rund 9 Mill. bisher nicht beschäftigten Menschen – das entspricht rund einem Zehntel aller städtischen Beschäftigten – eine Tätigkeit vermittelt werden konnte. Der Nettozugang an neuen Arbeitsplätzen betrug immerhin noch rund 4,7 Mill., nachdem 4,5 Mill. Personen (vermutlich teilweise vorzeitig) pensioniert wurden.

⁸ Z. B. Wasserkastanien, Seegurken und anderes Wassergemüse.

⁹ In dem Betrag von 50 Mrd. Yuan können bei weitem nicht alle Investitionskategorien erfaßt sein; denn bei gegebenem Nationaleinkommen müßte sich andernfalls eine erheblich niedrigere Investitionsquote errechnen.

¹⁰ Vgl. Zhong Renfu: Frage nach einer angemessenen Akkumulationsrate für unser Land im Lichte der historischen Erfahrung. In: Renmin Ribao, vom 15. 5. 1980.

¹¹ Für den Zeitraum 1965 bis 1977 war eine Kostenerrhöhung für Investitionsgüter- und Materialien in der Größenordnung von 72 vH gemeldet worden.

Einkommen und Verbrauch

In den staatlichen und genossenschaftlichen gewerblichen Betrieben wurde die Lohnsumme in Form von höheren (Stück-)Löhnen, Prämien und zusätzlichen Essengeldern um insgesamt rund 14 vH erhöht. Für bestimmte Lohngruppen — rund 40 vH aller Arbeiter und Angestellten — sollten die Löhne ab November 1979 nochmals erhöht werden; diese Aktion ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Durch die Anhebungen erhöhte sich im vergangenen Jahr der durchschnittliche Jahreslohn aller Beschäftigten in volkseigenen Betrieben um 9,5 vH auf 705 Yuan (rund 820 DM). Aufgrund verteuerter Lebenshaltung entsprach dies einer realen Steigerung von 7,6 vH. Das jährliche Pro-Kopf-Einkommen in den Volkskommunen aus der Tätigkeit in der kollektiven Wirtschaft¹² stieg im vergangenen Jahr infolge starker Erhöhung der staatlichen Aufkaufpreise und günstiger Ernteergebnisse um nominal gut 11 vH auf durchschnittlich rund 83 Yuan (rund 100 DM). Aus den Einkommensangaben für Kommunebauern und städtische Arbeiter wird der enorme Einkommensunterschied zwischen Stadt und Land deutlich. Er wird nur zum Teil durch geringere Lebenshaltungskosten auf dem Land, insbesondere billigere Versorgung mit Grundnahrungsmitteln, ausgeglichen.

Der Einzelhandelsumsatz wurde 1979 nominal um 15 vH (real 12 vH) auf 175 Mrd. Yuan gesteigert. Die Erhöhung der staatlichen Ankaufpreise für landwirtschaftliche Produkte (durchschnittlich 22 vH gegenüber dem Vorjahr) wurden nur teilweise auf die Verbraucher überwältzt. Der Einzelhandelspreisindex (für festgesetzte und Marktpreise) im staatlichen Handel war im Dezember 1979 um 6 vH höher als im Vergleichszeitraum des Vorjahres. Hingegen fielen die Verkaufspreise auf den freien Märkten um 1,5 vH. Zum Inflationsproblem heißt es im Erfüllungsbericht, „daß in vielen Gebieten und Einheiten die Verkaufspreise beliebig oder in versteckter Form erhöht wurden“. Der Staatsrat hat deshalb Ende April 1980 eine Verordnung zur besseren Kontrolle der Preise erlassen¹³.

Außenhandel

Der chinesische Außenhandelsumsatz erhöhte sich 1979 um 28 vH auf 45,5 Mrd. Yuan (29 Mrd. US-\$)¹⁴. Die Ausfuhren stiegen um 26 vH auf 21 Mrd. Yuan — womit das Ziel um ein Zehntel überschritten wurde —, die Einfuhren expandierten um 30 vH auf 24 Mrd. Yuan und blieben damit um rund 2 vH hinter dem Plan zurück. Das Handelsbilanzdefizit in Höhe von 3 Mrd. Yuan wurde durch Erträge aus dem nicht-kommerziellen Handelsverkehr, den Dienstleistungen

Außenhandel der VR China nach Ländergruppen¹⁾

Ländergruppen	1977	1978	1979
Ausfuhr in Mill. US-\$			
Sozialistische Länder ²⁾	1 420	1 570	1 690
Westliche Industrieländer ³⁾	2 885	3 750	5 545
Asien, Afrika, Lateinamerika	3 780	4 675	6 420
Insgesamt	8 085	9 995	13 655
Einfuhr in Mill. US-\$			
Sozialistische Länder ²⁾	1 265	1 435	1 880
Westliche Industrieländer ³⁾	4 670	7 960	11 105
Asien, Afrika, Lateinamerika	1 785	1 765	2 665
Insgesamt	7 720	11 160	15 650
Ausfuhr- bzw. Einfuhrüberschuß (-) in Mill. US-\$			
Sozialistische Länder ²⁾	155	135	- 190
Westliche Industrieländer ³⁾	-1 785	-4 210	-5 560
Asien, Afrika, Lateinamerika	1 995	2 910	3 755
Insgesamt	365	-1 165	-1 995
Ausfuhr, insgesamt = 100			
Sozialistische Länder ²⁾	17,6	15,7	12,3
Westliche Industrieländer ³⁾	35,7	37,5	40,6
Asien, Afrika, Lateinamerika	46,7	46,8	46,9
Einfuhr, insgesamt = 100			
Sozialistische Länder ²⁾	16,4	12,9	12,0
Westliche Industrieländer ³⁾	60,5	71,3	71,0
Asien, Afrika, Lateinamerika	23,1	15,8	17,0
Ausfuhr, Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
Sozialistische Länder ²⁾	7,2	10,6	7,6
Westliche Industrieländer ³⁾	7,2	30,0	47,9
Asien, Afrika, Lateinamerika	12,7	19,4	37,3
Insgesamt	9,7	23,6	36,6
Einfuhr, Veränderung gegenüber Vorjahr in vH			
Sozialistische Länder ²⁾	- 3,4	13,4	31,0
Westliche Industrieländer ³⁾	10,7	70,4	39,5
Asien, Afrika, Lateinamerika	79,4	- 1,1	51,0
Insgesamt	18,3	44,6	40,2

1) Berechnet anhand von Statistiken der Partnerländer. — Um Transport- und Versicherungskosten sowie um Doppelzählungen bereinigte Werte; unter Einbeziehung der asiatischen Volksdemokratien Mongolei, Nordkorea, Vietnam, Laos und Kambodscha. Für 1979 z.T. geschätzt auf der Basis von 6 bis 11 Monatsdaten. Angaben für 1978 berichtigt. Abweichungen in der Summe durch Rundungen. — 2) RGW-Länder, einschl. Kuba, Mongolei und Vietnam, außerdem Albanien, Jugoslawien und übrige asiatische Volksdemokratien. — 3) OECD-Länder nach dem Stand vom 31.12.1973.

Quellen: Statistische Jahrbücher, Monatshefte und Außenhandelsstatistiken der Partnerländer; UN, Yearbook of International Trade Statistics; OECD, Series A, Overall Trade by Countries; IMF, Direction of Trade.

¹² Auch die Einnahmen aus der (privaten) Nebengewirtschaft konnten — wahrscheinlich noch stärker — gesteigert werden. Diese Nebeneinnahmen werden auf rund 1/3 des Geldeinkommens aus der kollektiven Landwirtschaft geschätzt.

¹³ Vgl. Leitartikel: Unterbindet den schlechten Trend willkürlicher Preisanhebungen. In: Renmin Ribao vom 26. 4. 1980.

¹⁴ Umgerechnet nach dem Kurs von 0,6442 US-\$ für 1 Yuan RMB, dem Durchschnittskurs aus 29 amtlichen Angaben der chinesischen Volksbank zwischen 5. Januar und 23. Dezember 1979. Auf \$-Basis gerechnet ergeben sich höhere Zuwachsraten für Export und Import aus der Abwertung des US-\$ gegenüber dem chinesischen Yuan.

Außenhandel von Ländergruppen und ausgewählten Ländern mit der VR China¹⁾
In Mill. US-\$

	Einfuhr aus China (cif)			Ausfuhr nach China (fob)		
	1977	1978	1979	1977	1978	1979
Sozialistische Länder ²⁾	1 405	1 645	1 750	1 170	1 310	1 825
RGW-Länder ³⁾	1 070	1 330	1 480	854	1 035	1 555
UdSSR	178	257	240	161	241	268
DDR	125	145	197	115	162	241
Westeuropa	1 180	1 450	2 190	1 205	2 335	3 405
EG	995	1 215	1 835	911	1 906	2 875
Bundesrepublik Deutschland	253	324	534	562	1 114	1 492
Frankreich	171	199	327	107	223	339
Großbritannien	161	188	292	122	197	457
Restliches Westeuropa ⁴⁾	185	235	355	294	430	530
Schweiz	34	44	55	63	106	119
Schweden	51	49	78	51	94	111
Naher Osten ⁵⁾	630	610	840	190	170	285
Asien ⁶⁾	4 165	5 075	8 440	2 735	3 875	4 800
Japan	1 547	2 032	2 955	1 940	3 050	3 699
Hongkong	1 734	2 250	2 985	49	63	378
Australien, Neuseeland u. Pazifik	145	180	210	502	530	850
Afrika ⁷⁾	560	690	975	275	360	485
Amerika	346	484	885	910	1 790	3 140
USA	203	324	594	171	864	1 724
Kanada	78	83	144	325	442	525

1) Berechnet anhand von Statistiken der Partnerländer.- 2) RGW-Länder, außerdem Albanien, Jugoslawien und Übrige asiatische Volksdemokratien.- 3) Osteuropäische Länder, Sowjetunion, Kuba, Mongolei und Vietnam.- 4) Ohne Jugoslawien, einschließlich Malta.- 5) Alle Länder der Region westlich von Pakistan.- 6) Einschließlich der Reexporte von Hongkong und Singapur.- 7) Einschließlich Ägypten.- Angaben für 1977 und 1978 berichtigt.

Quellen: Statistische Jahrbücher, Monatshefte und Außenhandelsstatistiken der Partnerländer; UN, Yearbook of International Trade Statistics; OECD, Series A, Overall Trade by Countries; IMF, Direction of Trade.

und durch ausländische Kredite ausgeglichen¹⁵. Im Gegensatz zu den anderen Bereichen der Volkswirtschaft wird im Erfüllungsbericht nur wenig über den Außenhandel gesagt. Wie in den vergangenen Jahren müssen deshalb Angaben über die regionale Struktur und die warenmäßige Zusammensetzung des chinesischen Außenhandels aus den Daten der Partnerländer rekonstruiert werden.

Die hohen Konzentration des chinesischen Außenhandels auf wenige Länder — und speziell westliche Industrieländer — hat sich fortgesetzt; die OECD-Staaten waren 1979 mit etwa 57 vH die wichtigste Ländergruppe — kein anderes sozialistisches Land hat eine derart hohe Westhandelsverflechtung. Nur sechs Staaten — in der Reihenfolge Japan, USA, Bundesrepublik Deutschland, Australien, Kanada und Großbritannien — vereinen mehr als 45 vH des gesamten chinesischen Handels auf sich. Auf Hongkong,

den nach Japan wichtigsten Handelspartner, entfallen allein 11,5 vH. Geringfügige Verschiebungen im Anteil gab es zugunsten der USA auf Kosten Japans und der Bundesrepublik Deutschland; die USA rückten auf Platz drei vor. Bei der Einfuhr ist dieses Bild besonders ausgeprägt: Die westlichen Industrieländer sind mit über 70 vH an den chinesischen Bezügen beteiligt. Allerdings mußte die Volksrepublik dabei ein erhöhtes Defizit von rund 5,6 Mrd. US-\$ hinnehmen. Der Anteil der sozialistischen Länder am chinesischen Gesamthandel fiel auf 12 vH zurück; mit der Dritten Welt wickelt die VR China etwa 30 vH ihres Außenhandels ab. Stark zugenommen hat der Handel mit einigen lateinamerikanischen Ländern — Mexiko, Peru und Brasilien — sowie mit den Ölstaaten am Persischen Golf. Hohe Zuwachsraten — bei

¹⁵ Die Einnahmen aus dem Tourismus allein beliefen sich im vergangenen Jahr auf 696 Mill. Yuan, rund 450 Mill. US-\$.

Struktur des Außenhandels der VR China nach den Warengruppen der SITC¹⁾

Warengruppen	SITC-Klassifikation	1955	1960	1965	1970	1975	1977	1978
Ausfuhr								
Ausfuhr, insgesamt	0 - 9	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0 + 1	31,6	20,8	32,7	31,5	28,6	24,1	22,4
Rohstoffe (ohne mineralische Brennstoffe)	2 + 4	43,0	31,8	17,8	13,1	12,6	11,8	12,2
Mineralische Brennstoffe, technische Öle	3	1,0	1,1	1,2	1,1	14,3	13,5	13,4
Chemische Erzeugnisse	5	2,0	1,7	3,1	4,6	4,2	4,9	4,8
Maschinen und Fahrzeuge	7	1,2	0,1	1,7	1,7	4,7	3,3	2,9
Halb- und Fertigwaren	6 + 8	17,9	41,8	36,8	43,9	34,4	41,2	43,7
dar.: Textilien, Garne u. Gewebe, Bekleidung, Schuhe	65,84,85	9,0	32,5	22,0	23,0	20,4	23,7	25,3
Nicht aufgegliederte Waren	9	3,3	2,7	6,6	4,1	1,2	1,2	0,8
Einfuhr								
Einfuhr, insgesamt	0 - 9	100	100	100	100	100	100	100
Nahrungsmittel, Getränke, Tabak	0 + 1	2,1	1,1	18,6	15,9	12,0	15,0	12,8
dar.: Getreide, Getreideerzeugnisse	04	-	0,4	16,6	12,6	9,1	9,8	9,1
Rohstoffe (ohne mineralische Brennstoffe)	2 + 4	15,6	23,1	22,2	14,8	11,6	20,3	16,3
Mineralische Brennstoffe, technische Öle	3	9,2	8,3	1,7	1,0	1,4	0,5	0,5
Chemische Erzeugnisse	5	8,7	6,3	15,5	15,1	11,2	12,6	10,9
dar.: Handelsdünger	56	3,3	1,9	6,1	10,3	5,5	4,7	4,0
Maschinen und Fahrzeuge	7	26,7	35,3	13,9	17,7	29,1	17,1	18,0
Halb- und Fertigwaren	6 + 8	14,8	22,4	22,2	31,6	33,0	33,4	40,8
Nicht aufgegliederte Waren	9	22,9	3,5	6,1	4,0	1,7	1,1	0,7

1) Standard International Trade Classification, Internationales Warenverzeichnis der Vereinten Nationen, Rev. 1.- 1977 berücksichtigt.

Quellen: Berechnet nach nationalen Statistiken sowie UN, Yearbook of International Trade Statistics; UN, Monthly Bulletin of Statistics, März 1961, 1964, April und Juli 1971, 1972 und 1973; Research Aid, People's Republic of China; International Trade Handbook, Washington, Oktober 1973, 1975, Dezember 1978; China: International Trade Quarterly Review, Second Quarter, 1979, National Foreign Assessment Center, Januar 1980; Schätzung des DIW.

zunächst noch geringem Gewicht — hat der (indirekte) Handel mit Taiwan.

Chinas Außenhandel hat sich in den letzten drei Jahren verdoppelt. Während zunächst die Einfuhr stark gesteigert wurde, vor allem im Aufschwungsjahr 1978, soll nun die Ausfuhr stärker wachsen und bis 1985 ein Ausgleich der Handelsbilanz erzielt werden. Im ersten Halbjahr 1980 stieg die Ausfuhr um 36 vH, viermal schneller als die Einfuhr. Damit ergab sich ein geringer Überschuß (200 Mill. Yuan).

Die Warenstruktur des chinesischen Handels hat sich bis 1978 — in der Grobgliederung der SITC-Systematik — nur wenig verändert. Bei der Einfuhr ist tendenziell ein Rückgang des Anteils von Nahrungsgütern und eine relative Zunahme von Rohstoffen sowie Halb- und Fertigwaren zu beobachten. Maschinen und chemische Produkte wurden etwa entsprechend der Ausweitung der Gesamtimporte vermehrt eingeführt.

Stärker hat sich die Struktur der chinesischen Ausfuhren gewandelt. Der Anteil der Ausfuhren agrarischen Ursprungs ging um mehr als die Hälfte zurück, ebenso schrumpfte der Anteil der Rohstoffe. Ausnahmen bilden die Energierohstoffe Kohle und Öl, deren Anteil sich auf rund 13 vH erhöhte. Die Ausfuhr von Halb- und Fertigwaren, darunter vor allem die von Textilien, Bekleidung und Schuhen, wurde über-

proportional ausgeweitet. China ist auf dem Wege, die Struktur seiner Ausfuhr und Einfuhr, gemessen an den Gruppen des SITC-Verzeichnisses (mit Ausnahme der Gruppe 7, Maschinen und Transportfahrzeuge), einander anzugleichen, wie dies für weiter entwickelte Schwellenländer typisch ist.

Der Außenhandel soll künftig verstärkt als Motor für das binnenwirtschaftliche Wachstum eingesetzt werden. Politisch und ökonomisch wird dies heute mit der Zunahme der internationalen Arbeitsteilung im Verlauf der Industrialisierung eines Landes begründet¹⁶.

Ausblick

Alle wichtigen Handelsnationen haben China die Meistbegünstigung und bestimmte Einfuhrpräferenzen eingeräumt; die früheren Ausfuhrkontrollisten und Einschränkungen bei finanziellen Transaktionen, Bürgschaften und Rückversicherungen sind weitgehend abgebaut worden. Der Handel mit technologischer Hardware wird durch einen zunehmenden Strom von wissenschaftlich-technischem Austausch begleitet und durch engere Zusammenarbeit mit in-

¹⁶ Vgl. Yuan Wengl, Dai Lunzhang und Wang Linsheng: China entwickelt wirtschaftliche Beziehungen mit dem Ausland durch Teilnahme an der Internationalen Arbeitsteilung, in: Guangming Ribao, vom 19. 1. 1980. Erweitert in: Social Sciences in China, Heft 1/1980.

ternationalen Organisationen wie der Welternährungsbehörde (FAO) und dem UN-Entwicklungsprogramm (UNDP) ergänzt.

Organisatorische Veränderungen im Inland sollen die Flexibilität des Außenhandels verbessern. So wurden z. B. spezielle Service-, Versicherungs-, Transport- und Werbegesellschaften gegründet. Außerdem wurden mit den Gemischten Gesellschaften die Voraussetzungen für verschiedene Kooperationsformen geschaffen¹⁷, offizielle Handels- und Inspektionsbüros werden in den Ländern der wichtigsten Handelspartner eingerichtet. Schließlich wird die Exportmesse in Guangchow (Kanton) durch ständige Mustermessen und ein System von kleineren Fachmessen erweitert. Allerdings wurde auch der chinesische Außenhandel von der „Konsolidierungspolitik“ betroffen. Größere Projekte — 1979 wurden komplette Anlagen im Wert von 2 Mrd. US-\$ kontrahiert — werden heute gründlicher geprüft, vor allem im Hinblick auf die vorhandenen Ressourcen, die Integration in den chinesischen Markt, einen möglichen (größeren) chinesischen Eigenbeitrag und die langfristige Finanzierung.

Die Bank of China hatte zwischen Dezember 1978 und Spätsommer 1979 Vorverträge mit ausländischen Geschäftsbanken und Regierungsinstituten über mittel- bis langfristige Kreditlinien in einer Größenordnung von insgesamt 27 Mrd. US-\$ abgeschlossen und Konditionen bis zu 0,5 Prozent über der London Interbank Offered Rate (LIBOR) akzeptiert. Aufgrund des steigenden Zinssatzes auf den internationalen Finanzmärkten sahen sich die chinesischen Finanzfachleute darüber hinaus nach anderen Quellen um: China wurde Mitglied des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank und nahm Kontakte zu den staatlichen Exportfinanzierungsgesellschaften der USA und Japans auf. Nach einer Entscheidung des

DAC-Ausschusses der OECD-Länder vom Dezember 1979 können künftig derartige Regierungskredite als öffentliche Entwicklungshilfe klassifiziert und damit zu Vorzugskonditionen gewährt werden. Allerdings regt sich bereits der Widerstand anderer Entwicklungsländer gegen eine mögliche Begünstigung Chinas, wie sie sich aus zu niedrigen Angaben über das eigene Entwicklungsniveau ergeben könnten¹⁸.

Die inhaltlich z. T. widersprüchlichen — im Ton aber insgesamt nüchtern-selbstkritischen — Erfüllungsberichte und sonstigen wirtschaftspolitischen Diskussionen in den Medien deuten an, daß die chinesischen Planer nach dreißig Jahren nun eine realistische Bestandsaufnahme machen und neue langfristige Konzepte entwickeln. Mehrere drastische Reformen wurden bereits eingeleitet. Dabei ist ein geschärftes Problembewußtsein für die permanente Aufgabe, eine Bevölkerung von fast einer Milliarde Menschen zu ernähren und mit Arbeit zu versehen, zu verzeichnen. Zur Zeit wird ein weitgehend neuer Plan für die Periode 1981 bis 1985 vorbereitet, den die politischen Gremien noch in diesem Jahr verabschieden sollen. Nach den bisherigen Informationen sind die Ziele weiterhin hoch gesteckt. Sie zu erreichen, setzt voraus, daß die Konsolidierungsphase erfolgreich abgeschlossen wird und die Wirtschaft der Volksrepublik China spätestens 1983 wieder in eine längere Phase hohen Wirtschaftswachstums eintritt.

¹⁷ Am 1. Juli 1979 trat ein Gesetz über Gemischte Gesellschaften in Kraft. Weitere Gesetze, Verordnungen etc. z. B. zum Gewinntransfer, zur Besteuerung, über die Vollmachten des Managements sind in Vorbereitung. Bisher wurden 140 gemischte Gesellschaften gegründet, hauptsächlich mit Firmen bzw. Gesellschaften von Auslandschinesen.

¹⁸ Vgl. Poor Countries Fear Loss of Soft Loans Due to China Presence in World Bank. In: International Herald Tribune, vom 1. 7. 1980.

Aus den Veröffentlichungen des DIW

Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 113 **Sicherheits-, Preis- und Umweltaspekte der Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing. 303 S. 1976. DM 78,60.
- Nr. 114 **Perspektiven und Probleme wirtschaftlicher Zusammenarbeit zwischen Ost- und Westeuropa.** Herausgegeben von Doris Cornelsen, Heinrich Machowski und Karl-Ernst Schenk. 204 S. 1976. DM 68,—.
- Nr. 115 **Das Sozialprodukt der Deutschen Demokratischen Republik im Vergleich mit dem der Bundesrepublik Deutschland.** Von Herbert Wilkens. 188 S. 1976. DM 54,60.
- Nr. 116 **Zur Planung, Organisation und Lenkung von Forschung und Entwicklung in der DDR — Aspekte des wissenschaftlich-technischen Fortschritts.** Von Angela Scherzinger. 212 S. 1977. DM 64,60.
- Nr. 117 **Die Landwirtschaft der DDR vor und nach ihrer Umgestaltung im Jahre 1960.** Von Horst Lambrecht. 307 S. 1977. DM 94,60.
- Nr. 118 **Kriterien wirtschaftsfördernder Maßnahmen für die verarbeitende Industrie in Berlin.** Von Burkhard Dreher. 60 S. 1977. DM 22,60.
- Nr. 119 **Der Handel der Deutschen Demokratischen Republik mit der Bundesrepublik Deutschland und den übrigen OECD-Ländern.** Eine vergleichende Betrachtung des Westhandels der DDR in den Jahren 1965 bis 1975. Von Horst Lambrecht. 98 S. 1977. DM 28,60.
- Nr. 120 **Untersuchung zu Fragen der Gaspreisbildung als Folge der Interdependenz zwischen dem internationalen Erdgasbeschaffungs- und Erdgasabsatzmarkt in der Bundesrepublik Deutschland.** Von Urs Dolinski. 110 S. 1978. DM 49,80.
- Nr. 121 **Die Entwicklung des Arbeitsplatzangebots in den Arbeitsmarktreionen.** Daten für 1961 und 1970, Prognoseergebnisse für 1980 und Kontrollrechnungen zur Überprüfung des Prognoseverfahrens. Von Herwig Birg. 152 S. 1978. DM 54,80.
- Nr. 122 **Konzeption einer Strukturberichterstattung für die Bundesrepublik Deutschland.** Möglichkeiten und Grenzen der Analyse sektoraler Strukturentwicklungen. Von Bernd Görzig und Wolfgang Kirner, unter Mitarbeit von Reiner Stäglich. 68 S. 1978. DM 28,60.
- Nr. 123 **Zweimal deutsche Sozialpolitik.** Von Peter Mitzscherling. 136 S. 1978. DM 26,—.
- Nr. 124 **Forschung und Entwicklung in der Berliner Industrie.** Ergebnisse einer Befragung. Von Burkhard Dreher. 112 S. 1978. DM 36,—.
- Nr. 125 **Maßnahmen für eine sichere und umweltverträgliche Energieversorgung.** Von Urs Dolinski und Hans-Joachim Ziesing unter Mitarbeit von Klaus-Dieter Labahn. 379 S. 1978. DM 148,—.
- Nr. 126 **Zur Lage und Entwicklung der deutschen Filmwirtschaft.** Von Burkhard Dreher. 93 S. 1978. DM 32,80.
- Nr. 127 **Neuberechnung der Wegekosten im Verkehr für das Jahr 1975.** Von Heinz Enderlein. 48 S. 1978. DM 18,60.
- Nr. 128 **Regionalplanung und regionale Wirtschaftsstruktur in der Deutschen Demokratischen Republik.** Von Angela Scherzinger und Herbert Wilkens. 89 S. 1979. DM 33,60.
- Nr. 129 **Das Kaufkraftverhältnis zwischen D-Mark und Mark (DDR). Eine Neuberechnung.** Von Charlotte Otto-Arnold. 76 S. 1979. DM 24,60.
- Nr. 130 **Industrielle Strukturprobleme und sektorale Strukturpolitik in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. 160 S. 1979. DM 59,60.
- Nr. 131 **Zur Interdependenz der Bevölkerungs- und Arbeitsplatzentwicklung.** Grundlagen eines simultanen interregionalen Modells für die Bundesrepublik Deutschland. Von Herwig Birg. 290 S. 1979. DM 118,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Straße 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (030) 8 29 11

Präsident: Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Oskar de la Chevallerie, Dr. Doris Cornelsen, Dr. Fritz Franzmeyer,
Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Rolf Krengel, Dr. Reinhard Pohl, Dr. Horst Seidler, Dr. Wolfgang Watter

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner, in Vertretung Dr. Jochen Bethkenhagen.

Integrationspolitik vor neuer Herausforderung. Bearbeitet von Ulrich Brasche. —

Chinas Wirtschaft an der Schwelle der achtziger Jahre. Bearbeitet von Ernst Hagemann.

Verlag: Duncker & Humblot, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41. Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig. Druck: Zippel-Druck in Firma Büro-Technik Berlin, Muskauer Str. 43, D-1000 Berlin 36.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 80,—, vierteljährlich DM 25,—, Einzelnummer DM 3,—.